Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1580. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 53. Mittwoch, 4. März 1931, abends. 84. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.

Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die zollfreie Einfuhr von 50000 Tonnen Gefrierfleisch angenommen.

Deutscher Reichstag.

vdz. Berlin, 3. März 1931.

Reichstagspräsident Löbe eröffnet die Sitzung um 3 Uhr. Das Haus nimmt zunächst die

Abstimmungen zur 2. Beratung des Landwirtschaftshaushalts

vor.

Der kommunistische Mißtrauensantrag gegen den Reichsernährungsminister Dr. Schiele wird, wie wir bereits gestern berichtet haben, mit 311 gegen 60 Stimmen abgelehnt.

Ebenso wird abgelehnt der kommunistische Antrag, das Gehalt des Reichsernährungsministers zu streichen.

Im Hammelsprung wird mit 199 gegen 153 Stimmen eine Entschließung der Wirtschaftspartei abgelehnt, nach der Reichsmittel zur Förderung von Produktion und Absatz nur an solche Stellen weitergegeben werden sollten, die sich verpflichten, keinerlei ausländische Produkte zu führen.

Um weitere Auszählungen zu verhindern, bittet Präsident Löbe die Abgeordneten, vollzählig im Saale zu bleiben. Er fügt unter großer Heiterkeit hinzu: „Das gilt auch für die Herren Parteiführer, die schon wieder zum Sprung bereit stehen!"

Angenommen wird eine Entschließung der Deutschen Volkspartei für Standardisierung der Agrarprodukte. — Ebenso finden Entschließungen der Wirtschaftspartei Annahme, die Mittel zur Bekämpfung der Leberegelseuche und der Dasselfliegenplage, sowie Beihilfe für die Rügenschen Küstenfischer fordern.

Im Hammelsprung wird mit 201 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen 171 Stimmen eine Ausschußentschließung abgelehnt, die den Gesamtplan für den Zinsverbilligungszuschuß des Reiches unter entsprechender Aenderung des Gesamtbetrages auf zehn Jahre ausdehnen will. — Angenommen wird dagegen eine sozialdemokratische Entschließung, den Zinsverbilligungszuschuß des Reiches für Bodenverbesserungsdarlehen auf zehn Jahre auszudehnen und den Gesamtplan der Zinsverbilligungsaktion für Bodenverbesserungsdarlehen entsprechend zu erhöhen.

Angenommen wird ferner eine Entschließung des volkswirtschaftlichen Ausschusses, wonach den Maßnahmen hinsichtlich der Rückzahlung sowie Zinszahlung der vom Reich gewährten Winzerkredite mit der Maßgabe zugestimmt wird, daß sie in bezug auf die Zinsregelung für alle Darlehen bis zu 600 Reichsmark gelten. — Nach einer weiteren dazu angenommenen Entschließung sollen die den Genossenschaften gegebenen Winzerkredite bezüglich Rückzahlung und Zinszahlung nicht schlechter behandelt werden, als Einzelkredite bis zu 600 Mark.

Angenommen wird die Entschließung des Volkswirtschaftlichen Ausschusses über Aenderung des Zinssatzes und des Tilgungsplans, der für Verbesserungen von landwirtschaftlichen Boden gegebenen Darlehen mit Ausnahme der Bestimmung, daß die durch Meliorationen erzielte Renteerhöhung auf 15 Jahre steuerfrei bleiben solle.

Sodann wird nach Ablehnung eines Antrages der Landvolkpartei auf nochmalige Ausschußüberweisung in zweiter und dritter Beratung der sozialdemokratische Gesetzentwurf, der das Brotgesetz praktisch aufhebt, mit den Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten endgültig angenommen.

Danach wird der Beimischungszwang von Roggen zum Weizenbrot beseitigt, ebenso die Beimischungsmöglichkeit von Kartoffelmehl zum Weizengebäck und der Zwang zum Feilhalten von Roggenbrot in den Gaststätten. Die Ausmahlungsquote von Roggenmehl wird durch den Beschluß von 60 auf 70 erhöht.

In namentlicher Abstimmung wird mit 218 gegen 66 Stimmen der Kommunisten der kommunistische Antrag entsprechend dem Ausschußbeschluß abgelehnt, die 600 000 To. aufgespeichertes Brotgetreide aus der Stützungsaktion sofort dem Verbrauch zuzuführen und an Erwerbslose zu verteilen.

Es folgt dann die zweite Beratung des sozialdemokratischen Gesetzentwurfes über die

Einfuhr von Gefrierfleisch,

wonach zur Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit billigem Fleisch rückwirkend vom 1. März ab jährlich ein Kontingent von 50 000 Tonnen Gefrierfleisch zollfrei zur Einfuhr zugelassen werden soll.

Damit verbunden sind die Anträge auf Verbilligung von Frischfleisch für die minderbemittelte Bevölkerung.

Reichsernährungsminister Schiele

hält eine solche Maßnahme zur Zeit durch nichts für gerechtfertigt. Die Fleischproduktion ist größer als vor dem Kriege. Der Bestand an Rindern hat den Vorkriegsstand erreicht, die Zahl der Kühe und Schweine hat ihn sogar beträchtlich überschritten. Die Preise sind ständig weiter zurückgegangen; sie betrugen für Kühe im Jahre 1913 46 RM., im Januar 1930 40 RM., im Januar 1931 36 RM., für Schweine 1913 57 RM., im Januar 1930 83 RM., im Januar 1931 57 RM. je Zentner. Die Wiedereinführung eines zollfreien Gefrierfleischkontingentes würde für die Landwirtschaft einen schweren Schlag bedeuten. Die Getreidewirtschaft ist auf eine solide Basis gestellt. In Kürze dürfte die Lage für diesen Zweig der Landwirtschaft nach menschlichem Ermessen bereinigt sein. Nachdem es gelungen ist, schwierige handelspolitische Hemmnisse zu überwinden, betrachtet es die Reichsregierung als ihre vornehmste Pflicht, in der Agrarpolitik, der Veredelungswirtschaft in unseren bäuerlichen Betrieben in gleicher Weise durch die Staatshilfe beizuspringen, wie es beim Getreidebau geschehen ist. Die Reichsregierung ist auch durchaus bereit, durch Verbilligung von Frischfleisch der größten Not der Minderbemittelten zu steuern, aber ich warne vor einer Sozialpolitik, die die Nöte des einen Standes beseitigen will, indem sie einen anderen Stand, nämlich das Bauerntum, umso tiefer in das Elend sozialer Not versinken läßt. **Am schwersten belastet würden durch Wiedereinführung des zollfreien Gefrierfleischkontingents gerade die kleinen Bauern,** die gezwungen sind, ihre Kinder auch zu Spanndiensten heranzuziehen.

Ich muß mich aber auch noch aus einem anderen Grunde gegen den Antrag wenden. **Wir würden von dem klaren Wege abweichen, den die Regierung in voller Einmütigkeit und systematisch zu beschreiten begonnen hat und fortzusetzen gewillt ist. Die gesamte Politik der Reichsregierung zielt darauf ab, alle Produktionsmöglichkeiten im eigenen Lande auszuschöpfen unter Verzicht auf entsprechende Einfuhren, um die deutsche Wirtschaft krisenfester zu gestalten.** Ich komme bei Abwägung aller Momente zu dem Gesamturteil, **daß die Annahme des Antrages für die Reichsregierung eine Unmöglichkeit darstellt.** Ein etwa wieder vollständiger Reichstag würde zweifellos den Beschluß wieder umwerfen. **Ich bitte daher auf das dringendste, den Initiativgesetzentwurf der Sozialdemokratie abzulehnen.**

Abg. **Hepp** (Landvolk) dankt dem Minister für seine mannhafte Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages. Auch wir werden, so betont er, mit aller Entschiedenheit diesen Antrag ablehnen. Wir wünschen Verhinderung jeder Einfuhr von Gefrierfleisch. Es ist nur bedauerlich, daß die äußerste Rechte bei diesen wichtigen agrarischen Abstimmungen fehlt; nicht in Versammlungen wird über das Schicksal der deutschen Landwirtschaft entschieden, sondern hier in diesem Hause. (Lachen bei den Kommunisten.) Wenn Sie (nach links) eine solche Agrarpolitik weiter treiben, dann werden Sie in kurzer Zeit eine ähnliche Erwerbslosigkeit wie bei den Industriearbeitern auch in der Landarbeiterschaft vorfinden. Es geht um die Erhaltung der Lebensfähigkeit unserer Landwirtschaft. — An das Zentrum richtete der Redner die dringende Mahnung, sich seiner agrarischen Bindungen zu erinnern und den Antrag gleichfalls abzulehnen. Er betont, daß man mit der Annahme dieses Antrages gleichzeitig auch die Gefahr der Annahme des polnischen Handelsvertrages verschärft, und schließt mit der Erklärung, daß seine Freunde alles versuchen werden, um gegebenenfalls die Landwirtschaft von der Einfuhr zollfreien Gefrierfleisches wieder zu befreien.

Abg. **Gerauer** (Bayer. Volksp.) bekämpft gleichzeitig den sozialdemokratischen Antrag, der in krassem Widerspruch stehe zu den agrarpolitischen Hilfsmaßnahmen der Regierung.

Abg. **Hoernle** (Komm.) fordert die Einfuhr von 120 000 Tonnen zollfreien Gefrierfleisches im Jahre. Der Ernährungsminister habe sein Versprechen vom 14. April vorigen Jahres, die minderbemittelte Bevölkerung wenigstens mit billigem Frischfleisch zu versorgen, bis heute noch nicht eingehalten. (Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Abg. **Schneidewind** (Wirtschaftsp.) erklärt, der Preissturz sei nirgends so radikal eingetreten, wie beim Fleisch. In Köln z. B. sei es möglich, bestes Ochsenfett zum Preise von 30 Pfg. zu liefern (Hört! Hört!). **Bei der riesigen Ueberproduktion von deutschem Fleisch sei die Einfuhr von Gefrierfleisch gar nicht zu verantworten.**

Abg. **Meyer zu Helm** (Dt. Volksp.) wendet sich gleichfalls gegen den sozialdemokratischen Antrag. Die Kommunisten, die sich scheinbar so sehr für die Kleinbauern einsetzen, trügen durch Annahme solcher Anträge dazu bei, den Ertrag der Bauernarbeit weiter zu verschlechtern.

Abg. **D. Fehr** (Dt. Bauernp.) ist der Ansicht, daß man bei dem Ueberschuß an Fleisch u. Vieh im Inland nicht noch Fleisch einführen könne, wenn die Agrarpolitik der Regierung für den Kleinbauer noch Sinn haben soll. **Jede weitere Fleischverbilligung müsse die Not des Bauernstandes aufs höchste steigern.** Es gebe andere Wege, der minderbemittelten Bevölkerung zu helfen, ohne daß man auf die Gefrierfleischeinfuhr zurückzugreifen brauche.

Abg. **Bergmann** (Soz.) macht dem Landwirtschaftsministerium den Vorwurf, daß es die versprochene Belieferung der ärmeren Bevölkerung mit verbilligtem Frischfleisch noch immer nicht verwirklicht habe. Länger könnten diese Kreise nun nicht warten und deshalb müsse das frühere System des zollfreien Gefrierfleischkontingents wieder zur Anwendung kommen.

Abg. **Frenbe** (Wirtschaftsp.) verweist auf das Sinken der Fleischpreise, das in letzter Zeit zu beobachten sei. Die Konsumvereine würden bei der Belieferung mit Gefrierfleisch zum Nachteil des freien Handels wieder bevorzugt werden, denn die Kontingentierung an sich bedinge schon den Mißbrauch. Das Gefrierfleisch stehe ja übrigens nicht allein den Minderbemittelten zum Kauf bereit, sondern jeder könne es sich kaufen. Es bestehe, nachdem das Kontingent einmal aufgehoben sei, keine Veranlassung, jetzt wieder Gefrierfleisch einzuführen. Die Sozialdemokratie wolle sich nur eine neue Einnahmequelle verschaffen, von der sie sich nach den jahrelangen Millionenverdiensten nicht trennen könne.

Abg. **Schneidewind** (Wirtschaftsp.) wird mit dem Zuruf: „Schneidewindsche Jungenwurst" empfangen. Der Redner betont, daß das Gefrierfleisch tatsächlich allen Bevölkerungsschichten zugänglich sei, nicht nur den Minderbemittelten, so z. B. auch der Polizeiküche in Köln. In Köln gebe es frisch ausgelassenes Fett für 30 Pfennig das Pfund und in Kaiserslautern liefere eine Firma jede Woche 200 Zentner Blutwurst für 20 Pfennig das Pfund. (Hört! Hört!)

Damit schließt die Aussprache.

In der

Abstimmung

wird zunächst der Aenderungsantrag der Konservativen, die Gefrierfleischeinfuhr mit Wirkung vom 1. Juli d. Js. an zuzulassen, abgelehnt. — Es folgt die namentliche Abstimmung über den kommunistischen Antrag, das zollfreie Gefrierfleischkontingent auf 120 000 Tonnen jährlich festzusetzen.

Der Antrag wird mit 316 gegen 68 Stimmen abgelehnt. (Pfui-Rufe b. d. Komm.)

Im Hammelsprung wird dann Art. I des Gesetzes, der die Zulassung eines 50 000-Tonnen-Kontingents mit Rückwirkung vom 1. März ausspricht, mit 218 Stimmen der Sozialdemokraten, der Kommunisten und eines Teils der Staatspartei, sowie einiger Zentrumsmitglieder, gegen 153 Stimmen bei Stimmenthaltung des Abg. Dr. Heuß (Staatsp.) in zweiter Beratung angenommen. Darauf werden auch die beiden anderen Artikel angenommen.

Es folgt die namentliche Schlußabstimmung zur dritten Lesung des Gesetzentwurfes.

Der Gesetzentwurf wird in der Schlußabstimmung mit 223 gegen 149 Stimmen bei 4 Enthaltungen endgültig angenommen.

Es folgt die namentliche Abstimmung über eine Entschließung des Ausschusses, nach der die Verbilligung von Frischfleisch für die minderbemittelte Bevölkerung in der Weise vorgenommen werden soll, daß der Preis des verbilligten Frischfleisches in keinem Falle höher sein darf als der bisherige Preis des zollfreien Gefrierfleisches und daß der Kreis der Bezieher von verbilligtem Frischfleisch alle Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentner sowie alle Fürsorgeberechtigten umfassen muß.

Die Entschließung wird mit 305 gegen 68 Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Ebenso verfällt auch ein Antrag Dr. Frick (Nat.-Soz.), in den Haushalt 50 Millionen Mark einzustellen zur Verbilligung von deutschem Frischfleisch, der Ablehnung; unter allgemeiner Heiterkeit stimmten nur die Kommunisten für diesen Antrag, während die Antragsteller selbst abwesend waren.

Das Haus vertagt sich auf Mittwoch 3 Uhr: Fortsetzung der Aussprache zum Innenministerium.

Schluß ½8 Uhr.

Heute Innenministerrede.

Berlin. (Funkspruch.) Da die gestrige Reichstagssitzung vollständig mit der Erledigung der Abstimmungen zum Ernährungsetat und der Beratung der Gefrierfleischfrage ausgefüllt war, kommt man erst heute zur Fortsetzung der Aussprache über die innere Politik. **Minister Dr. Wirth wird heute Gelegenheit nehmen, sich ausführlich zu allen Fragen seines Ressorts zu äußern.**

Das Hauptinteresse ist in parlamentarischen Kreisen gegenwärtig auf die Haltung der Sozialdemokratie gerichtet. Von einer Verständigung mit den Sozialdemokraten hängt letzten Endes die parlamentarische Erledigung des Etats ab. Ebenso sicher ist aber, daß die Regierung namentlich in der Steuerfrage nicht nachgeben kann, schon mit Rücksicht auf die anderen Parteien nicht. Die Verhandlungen mit der Regierung werden sicher noch einige Tage dauern. Die Sozialdemokraten haben eine neue Fraktionssitzung noch nicht anberaumt.

Der Haushaltsausschuß will heute die Beratung des Haushalts des Arbeitsministeriums mit Hilfe einer Abendsitzung zu Ende führen, um dann morgen zum Wehretat überzugehen. Entscheidungen im Ausschuß sind frühestens am Sonnabend zu erwarten. Bis dahin wird man nach Möglichkeit eine Lösung finden müssen.

Otto Reutter gestorben.

Berlin. (Funkspruch.) **Otto Reutter, Deutschlands erster Humorist, ist gestern abend gegen 11 Uhr in Düsseldorf an den Folgen einer Herzattacke gestorben. Der Künstler hat ein Alter von 61 Jahren erreicht.**